Festvortrag
gehalten von Ulrich Daldrup
„75 Jahre Soziale Marktwirtschaft“
Jahreshauptversammlung des
Bund Katholischer Unternehmer e. V.

Berlin, 3. Mai 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Dr. Martin Nebeling,
lieber Herr Brinkhaus,

bereits im Januar hatte mich Herr Andrée Brüning mit seinem Charme gewonnen, heute einen der drei Vorträge auf Ihrer Jubiläumsveranstaltung zu halten. Schnell hatten wir uns auf ein Thema geeinigt, das mich besonders reizte: „75 Jahre soziale Marktwirtschaft“. Sie feiern heute, und das richtigerweise in Berlin, den 75. Jahrestag Ihrer Gründung im Jahr 1949. Dazu darf ich Sie ganz besonders beglückwünschen.

Ich hatte dies bereits vor 25 Jahren vergleichbar tun dürfen: ich hatte, was auch bei mir in Vergessenheit geraten war, zu Ihnen, im Vorgriff auf Ihr 50-jähriges Bestehen, bereits am 26. Oktober 1997 einen Vortrag im Krönungssaal des Aachener Rathauses halten dürfen.

1949 war für die Bundesrepublik Deutschland ein besonderes und wichtiges Jahr. Wir werden dieses Jahr insbesondere 75 Jahre Grundgesetz feiern, und damit den Beginn der Bundesrepublik Deutschland. Mit diesem Grundgesetz wurde der Grundstein für den nun über 75 Jahre andauernden Frieden in West-Europa, die Gründung der Europäischen Union und unseren über Jahre gewachsenen Wohlstand gelegt. Wahrlich Gründe genug, sich auf das Jahr 1949 zu besinnen und das Erreichte zu würdigen.

Als großer Anhänger der sozialen Marktwirtschaft und seiner Väter, Prof. Ludwig Erhard, erster Wirtschaftsminister der Bundesrepublik und Prof. Müller-Armack, den Ludwig Erhard zum Leiter der Abteilung I (Wirtschaftspolitik) und 1957 zum Staatssekretär seines Ministeriums ernannte, freute ich mich auf das vorgegebene Thema. Dass mein Vater bis 1958 Büroleiter von Ludwig Erhard war, ich Ludwig Erhard als Kind in seinem Büro kennenlernen durfte und von ihm zu einem mächtigen Stück Torte eingeladen worden war, verdeutlicht meine Affinität zu diesem Thema. Ehrlicherweise ist mir eigentlich nur noch das Stück Torte in wirklicher Erinnerung geblieben.

Und nun mein Dilemma: Vor drei Wochen eröffnete mir Herr Brüning, wieder sehr charmant, dass ich mich von dem vereinbarten Thema „soziale Marktwirtschaft“ verabschieden müsse, da sich mein Parteikollege Ralph Brinkhaus, erster Redner des heutigen Abends, auch dieses Thema für seinen Vortrag ausgesucht hätte. Er schlug mir ein völlig anderes Wunschthema vor: „Die Kraft des Erfolgs: Freiheit, Verantwortung, Subsidiarität und Solidarität“. Ein spannendes und breites Thema – und eine Herausforderung. Das passt tatsächlich besser zu dem Leitthema Ihrer Tagung: „75 Jahre BKU: Verantwortliches Unternehmertum als Weg aus der Krise“. Verantwortungsvolles Unternehmertum braucht Freiheit. In Unfreiheit kann man keine Verantwortung übernehmen, weil kein Spielraum für

eigene Entscheidungen besteht. Das bedeutet für mich, dass die Mitglieder Ihres Verbandes Freiheit beanspruchen, um ihre Unternehmen verantwortungsvoll führen zu können.

Und damit finde ich den Weg, die Themen Freiheit, Verantwortung und Marktwirtschaft als Gemeinsames zu betrachten. Da ich vor Unternehmern spreche, werde ich nicht auf die ethischen, moralischen oder philosophischen Aspekte dieses Themas eingehen. Stattdessen lege ich die Betonung auf die ökonomisch-politischen Aspekte.

Freiheit wird als die Möglichkeit verstanden, ohne Zwang zwischen unterschiedlichen Optionen auszuwählen und entscheiden zu können. Schon Emanuel Kant definierte die Freiheit, ich zitiere: „Niemand kann mich zwingen auf seine Art glücklich zu sein, sondern ein jeder darf seine Glückseligkeit auf dem Wege suchen, welcher ihm selbst gut dünkt, wenn er nur der Freiheit Anderer, einem ähnlichen Zwecke nachzustreben, die mit der Freiheit von jedermann nach einem möglichen allgemeinen Gesetze zusammen bestehen kann, nicht Abbruch thut.“. Übersetzt auf heute bedeutet dies, meine Freiheit hört da auf wo die Freiheit des Anderen beginnt.

Unser Grundgesetz hat eine beachtliche literarische Qualität. Bekanntlich hat der erste Bundespräsident Theodor Heuss die ursprüngliche Fassung des ersten Artikels des Grundgesetzes mit dem Argument verhindert, dass sie schlechtes Deutsch sei. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ wurde ist ein herrlicher deutscher Satz, so einfach, so schwierig, auf Anhieb einleuchtend und doch von umso größerer Bedeutung. Wie viele hunderte Seiten würde wohl der Bundestag heute in einem Gesetzgebungsverfahren benötigen, um diesen prägnanten Satz gesetzmäßig zu fassen. Es ist erkennbar in den letzten Jahren ein fataler Trend entstanden, Gesetze zu schnell, zu detailliert, sprachlich ohne Qualität und handwerklich schludrig zu verfassen. Wäre Theodor Heuss noch heute Bundespräsident, würde er vermutlich einen großen Teil der ihm vorgelegten Gesetze deswegen nicht unterschreiben.

Unser jetzt 75 Jahre altes Grundgesetz formuliert vorbildlich, in kurzen unkomplizierten und allgemein verständlichen Sätzen. Auch der Begriff „Freiheit“ wird definiert. In Art. 2 (2) steht: „Die Freiheit der Person ist unverletzlich“. Weiter in Art 4 (1) „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich“. Und weiter: Art 5 „Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt“. Und weiter: (3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Auch werden die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, die Lehrfreiheit und die freiheitliche demokratische Grundordnung garantiert.

Was ein Glück für uns, seit 1949 in einem Land leben zu dürfen, das per Verfassung diese Freiheit garantiert.

Der anglo-saxonische Merkantilismus hat eine lange Tradition und kann als der Vorgänger der freien Marktwirtschaft angesehen werden. Adam Smith hatte bereits Ende des 18ten Jahrhunderts eine Gesellschaftsordnung vorgeschlagen und dabei den Begriff „system of natural liberty“ vorgeschlagen. Er versteht darunter Freiheit als Ordnungsprinzip. Seine Theorien über die unsichtbare Hand des Marktes („invisible hand“) gelten als geistige Grundlage der freien Marktwirtschaft. Diese Einstellung zu einem freien Markt haben die Briten während ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Union wohltuend in die Brüsseler Gesetzgebungsverfahren einfließen lassen. Denn ihrer Überzeugung nach treffen in einer Marktwirtschaft Angebot und Nachfrage grundsätzlich ohne staatliche Lenkung „frei“ aufeinander. Dagegen steht die kontinentaleuropäische Sichtweise, dass Freiheiten auch zu Lasten Dritter missbraucht werden könnten. Der besonders in unserem Land ausgeprägte Wunsch nach Gerechtigkeit engt uns diesbezüglich ein. Manche politische Partei sieht in der Schaffung von Gerechtigkeit ihr Politikfeld. Dies führt in deren Anwendung zu einer unüberschaubaren Flut

gesetzlicher Regelungen. Bis in jeden Einzelfall und bis ins allerletzte Detail wird gesetzlich Einzelgerechtigkeit geregelt. Ein Blick in die deutsche Steuergesetzgebung macht verständlich was gemeint ist. Berechtigt ist die Frage, ob uns unser Streben nach Gerechtigkeit tatsächlich unfreier machen. Man erkennt hieran unschwer, dass jede zusätzliche Regelung Freiheit kostet und, damit, verantwortungsvolles Unternehmertum einschränkt. Manchmal sicherlich zu Recht.

Die von Ludwig Erhard und Müller-Armack vorgeschlagene „soziale Marktwirtschaft“ versucht, diese Gerechtigkeit zu finden, die in einer freien Marktwirtschaft nicht besteht. So wurde ein Kompromiss gefunden, der einerseits das britisch-amerikanische Modell von Freiheit des Marktes kopiert, aber Gerechtigkeit bei den drei wesentlichen Risiken unseres Lebens garantiert: bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter. Heiner Geißler hat vor 30 Jahren auf einem CDU-Parteitag, mit Erfolg, einen Antrag eingebracht, eine ökologische soziale Marktwirtschaft anzustreben.

Wie geht der deutsche Staat mit unserer Freiheit und der Marktwirtschaft heute um? Wir dürfen, ganz im Sinne Ludwig Erhards, erwarten, dass es zu den Staatsaufgaben gehört, Rahmenbedingungen zu schaffen, die klar definierte Probleme möglichst löst. Dazu gehört, neben innerer und äußerer Sicherheit, die Bereitstellung von öffentlichen Gütern, für die kein Markt existiert. Das kann öffentliche Ordnung, öffentliche Infrastruktur, das Gesundheitswesen, Versorgung mit Gütern des Grundbedarfs wie Bildung, Gesundheit u.ä.m. sein. Dazu muß, um Mißbrauch oder Fehlentwicklungen zu vermeiden, die Regulierung von Marktmacht gehören. Auch internationale Märkte bedürfen der Regulierung. Dies gelingt derzeit nur noch sehr schwierig.

Dieser Regulierungsauftrag darf aber nicht zu einem autoritären Politikstil als Selbstzweck werden. Politik wird nicht besser, wenn sie autoritär ist, sondern wenn sie ihrem Ziel näherkommt und dabei möglichst geringe Wohlfahrtsverluste verursacht und möglichst wenig Freiheiten wegnimmt. Vollständige staatliche Zurückhaltung ist keine Lösung. Ein Markt braucht Leitplanken, sonst entstehen Exzesse oder andere Übertreibungen.

Wenn Sie bereit sind, meinen Gedanken zu folgen, erkennen wir, dass Verantwortung, Subsidiarität und Solidarität wesentliche Bauteile einer in Freiheit lebenden Gesellschaft sind, auch in einer Marktwirtschaft. Verantwortung, Subsidiarität und Solidarität sollten sich aus der Gesellschaft heraus entwickeln. Falls das gelingen könnte, könnten wir auf viele gesetzliche Regelungen verzichten.

Politik sollte freiheitsschonend sein, also möglichst weitreichende Entscheidungsspielräume subsidiär bei den Menschen und Unternehmen belassen. Das gelingt nach meiner Beobachtung immer weniger. Ich befürchte, dass es immer weniger gewollt ist.

Schauen wir uns, was derzeit Subsidiarität bedeutet. Im Vertrag von Maastricht¹ aus dem Jahr 1992 steht in der Präambel: „Entschlossen, den Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas, in der die Entscheidungen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip möglichst bürgernah getroffen werden, weiterzuführen“. In Titel I (gemeinsame Bestimmungen), Art. B, desselben Vertrages wird abermals darauf hingewiesen: „dass die Ziele unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips zu verwirklichen sind“.

Und was ist daraus geworden? Haben Sie den Eindruck, die Brüsseler Bürokratie, und insbesondere das Europäische Parlament, scheren sich um das Prinzip der Subsidiarität? Mit einem völlig falsch verstandenen Auftrag von Verantwortung mischt sich das Brüsseler Europaparlament immer mehr in die Kleinigkeiten unseres Lebens ein, anstatt sich um die wirklich wichtigen großen Themen zu kümmern². Der Versuch, Öfläschchen, Zuckertütchen und Salzstreuer in europäischen Restaurants zu verbieten, ist glücklicherweise gescheitert. Dagegen gilt seit dem 1. April dieses Jahres die Pflicht,

¹ Vertrag über die Schaffung der Europäischen Union“, (Amtsblatt 92 / C 191 / 01)

² Das Europäische Parlament erläßt jedes Jahr 1.500 bis 2.000 Rechtsakte

Flaschenverschlüsse so anzubringen, dass man diese beim Öffner einer Flasche nicht mehr abnehmen kann. Beim Öffner jeder Sprudelflasche wird seit diesem Jahr in meiner Familie ein Fluch auf das Europäische Parlament ausgestoßen. Geradezu dogmatisch widmet sich das Parlament, teilweise auch die Kommission in Brüssel, den nebensächlichen Details unseres Lebens, als gäbe es kein Gebot der Subsidiarität. Brüssel nimmt dem Bürger die Wahlmöglichkeit und strebt mit seiner Regelungswut immer deutlicher in Richtung Planwirtschaft, weg von der Idee einer freiheitlichen Marktwirtschaft. Mit jeder zusätzlichen einschränkenden Bestimmung wird Bürgern und Unternehmern ein Stück Freiheit genommen. Die Politiker und Behördenmitarbeiter arbeiten in der Überzeugung, Verantwortung für den Bürger übernehmen zu müssen. Die Botschaft, dass damit Freiheit, Eigeninitiative, persönliches Verantwortungsbewusstsein und Innovationsstreben verloren gehen, ist in Brüssel, und leider zunehmend auch in Berlin, verloren gegangen.³

So gesehen war der Exit der Briten aus der EU konsequent. Die Brüsseler Regelungswut und Einschränkung von Marktfreiheit sind den Briten ein Gräuel. Brüssel sollte aufpassen, dass es keine Politik gegen die Bürger macht, sondern für die Bürger. Wenn das nicht gelingt, könnte uns früher oder später dieses großartige europäische Projekt um die Ohren fliegen.

Aktuelle Beispiele gewünscht: die EU Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (Corporate Sustainability Due Diligence Directive, CSDDD, EU-Lieferkettenrichtlinie oder EU-Lieferkettengesetz, sowie das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz könnte man komplett weglassen, ohne dass unsere Nachhaltigkeitsbemühungen und die Art und Weise, wie wir wirtschaftlich tätig sind, tangiert würden. Es ist eine Dokumentationspflicht, die einen unverhältnismäßig hohen Aufwand verlangt und sehr häufig völlig unrealistisch in ihrer Anwendung ist. Hier wird eine staatliche Aufgabe, die Entwicklung von Nachhaltigkeit und fairem Wettbewerb, auf Unternehmen abgewälzt, weil die Politik in diesem Bereich nicht weiterkommt. Subsidiarität: Nein. Ein anderes Beispiel ist die Nachhaltigkeitsberichterstattung CSRD⁴. Unternehmen müssen sich ohnehin in Richtung Nachhaltigkeit und CO₂- Neutralität verändern, weil sie sonst nicht zukunftsfähig sind. Wir brauchen da keine zusätzlichen Regulierungen – aber nun müssen wir einen sehr aufwendigen Bericht schreiben und ihn zu sehr hohen Kosten von Wirtschaftsprüfern überprüfen lassen. Sinnlosigkeit pur.

Berliner Politik: Selbiges. Auch dort nimmt man Bürgern und Unternehmern Freiheit und Verantwortung ab. Berliner Politik ist offensichtlich überzeugt, alleine zu wissen, was richtig ist für unser Land und unsere Zukunft. Auch dort ist Subsidiarität ein Fremdwort. Marktwirtschaft sowieso. Das was dort geschieht, ist wirklich nah an dogmatischer Politik. Wie Umweltpolitik und Sozialpolitik,

³ Das Thema dogmatische Politik ist mir mehrfach begegnet. Ich hatte die Chance in meinem Berufsleben, zahlreiche international bekannte Persönlichkeiten kennenzulernen. Eine, an die ich mich in Zusammenhang mit diesem Thema lebhaft erinnere ist der frühere Präsident von Cuba, Fidel Castro. Wir hatten mehrere Begegnungen. Die Umstände, selbst in Cuba, ihn überhaupt zu treffen, gäbe Stoff für einen Politkrimi. In einer Begegnung hatten wir uns tief in den Gängen des Innenministeriums in einem seiner fensterlosen und irgendwie trostlosen Büros getroffen. Nachdem er genügend über die US-amerikanische Politik und US-Unternehmen geschimpft hatte, kamen wir auf das Thema Marktwirtschaft zu sprechen. Er wurde neugierig, stellt Fragen. Mir wurde klar, dass auch Fidel Castro felsenfest davon überzeugt war, dass nur er wisse, was dem kubanischen Volk und dem kubanischen Staat guttue. Nur er wisse, was falsch und was richtig ist. Das lasse sich auch nicht verhandeln. Dogma pur. Entsprechend schlecht ging, und geht es noch heute, der kubanischen Bevölkerung. Dennoch, als ich ihm erklären durfte, wie soziale Marktwirtschaft funktioniert, interessierte er sich sehr für dieses Thema. Bis in die Morgenstunden haben wir diskutiert. Ein Jahr nach diesem Treffen liberalisierte Fidel Castro per Dekret die Kleinunternehmer Kubas tatsächlich in eine Marktwirtschaft und gab diesen viele Freiheiten.

⁴ Deutschland und die weiteren EU-Staaten müssen die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) innerhalb von 18 Monaten nach ihrem Inkrafttreten auf EU-Ebene in nationales Recht umsetzen. Da die CSRD am 5. Januar 2023 in Kraft trat, muss die Umsetzung in deutsches Recht bis spätestens Juli 2024 erfolgen

bei zugegebenermaßen großer Bedeutung, durchgedrückt werden, erscheint zumindest bedenklich. So sind ganze Wirtschaftssektoren in unserem Land schon fast befreit worden von der Marktwirtschaft und in ein planwirtschaftliches System mit politischer Führung überführt worden. Schauen Sie sich den Gesundheitssektor, den Energiesektor, den Mobilitätssektor und den Umweltsektor, um nur vier Beispiele zu geben, an. Und so fehlt es, typisch Planwirtschaft, an Wettbewerb, Innovation, Markt, Preisfindung, Unternehmertum und letztendlich, was logisch ist, an Geld. Besonnene Unternehmer weichen dahin aus, wo der Markt noch funktioniert oder ihnen zumindest unternehmerische Freiheiten gewährt. Und das ist dann eben nicht in Deutschland. Wie falsch der Weg in die Planwirtschaft ist, zeigen die steigenden Kosten, die verringerte Leistungsbereitschaft der Menschen, aber auch, dass ausländische Investoren fast nur noch mit Subventionen in unser Land gelockt werden können.

Das ist nach meiner Überzeugung ein falscher Weg, den wir da einschlagen. Als rohstoffarmes Land sollten wir uns auch weiterhin auf unsere Stärken besinnen, die uns so wettbewerbsfähig und wohlhabend, in Freiheit, gemacht haben.

Erlauben Sie mir hierzu zum Abschluss den großen Deutschen der Marktwirtschaft, Ludwig Erhard, zu zitieren. In seinem Buch „Wohlstand für Alle“⁵ schreibt er, ich zitiere wörtlich:

„Die wirtschaftlichen Grundrechte. Hierbei ist zuvorderst an die Freiheit jedes Staatsbürgers gedacht, das zu konsumieren, sein Leben so zu gestalten, wie dies im Rahmen der finanziellen Verfügbarkeit den persönlichen Wünschen und Vorstellungen des einzelnen entspricht. Dieses demokratische Grundrecht der Konsumfreiheit muß eine logische Ergänzung in der Freiheit des Unternehmers finden, das zu produzieren oder zu vertreiben, was er aus der Gegebenheit des Marktes, d. h. aus den Äußerungen der Bedürfnisse aller Individuen als notwendig und erfolgversprechend erachtet. Konsumfreiheit und die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung müssen in dem Bewusstsein jedes Staatsbürgers als unantastbare Grundrechte empfunden werden. Gegen Sie zu verstoßen, sollte als ein Attentat auf unsere Gesellschaftsordnung geahndet werden. Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch ebenso zusammen, wie Diktatur und Staatswirtschaft“.

Die Geschichte hat Ludwig Erhard recht gegeben. Der Wiederaufbau Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg und das weltweit bewunderte „Wirtschaftswunder“ gehen eben auf die zitierten Grundrechte zurück, die Anfang der 50er Jahre unter der Regierung Adenauer enorme wirtschaftliche Kräfte freigesetzt hatte. Auch bei einer anderen Leistungsbereitschaft unserer Gesellschaft.

Und heute? Heute stehen Populismus und Dogmatismus an vorderster Front deutscher Politik. Ich darf zitieren⁶:

„Wenn man Populismus sucht, dann kann man ihn aber auch in der Transformationsdebatte finden. Etwa da, wo ein angenehmer Lebensstil und sichere Sozialsysteme bei gleichzeitiger Dreitagewoche und schrumpfendem Bruttoinlandsprodukt versprochen werden. Oder bei einem Ethikrat, der sich eine Welt mit sinkendem Einkommen in den Industrieländern bei gleichzeitiger Umverteilung an die Entwicklungsländer als politisch gangbaren Weg vorstellt. Oder bei Politikern, die das Schlaraffenland in Aussicht stellen, wenn nur die Schuldenbremse kippt oder endlich, endlich eine Vermögensteuer eingeführt wird. Ein besserer Bezugspunkt als die Geschichte vom Suppenkasper wäre daher für Diskussionen um Art und Umfang von individueller Freiheit und marktwirtschaftlicher Koordination heute vielleicht Aesops Fabel von der Gans, die goldene Eier legt. Die wird nämlich am Ende der Geschichte aus purer Dummheit geschlachtet.“

Was dieses Land dagegen nötig hat, ist eine Rückbesinnung auf die Marktwirtschaft, individuelle Freiheit, Mut und Eigenverantwortung gepaart mit Optimismus. So wie es Gott sei Dank noch immer

⁵ Ludwig Erhard, „Wohlstand für Alle“, im Econ Verlag (düsseldorf), 1957

⁶ Aus FAZ

Vortrag Ulrich Daldrup
75 Jahre Soziale Marktwirtschaft

viele Unternehmerinnen und Unternehmer jeden Tag in diesem Land vorleben. Sie treibt der Glaube an, dass der nächste Tag noch besser werden kann als der heutige. Dafür treffen sie Entscheidungen und gehen ins Risiko, nehmen dafür schlaflose Nächte in Kauf, und nicht selten steht dabei das eigene Vermögen im Feuer. Denn anders als Politiker und Manager vereinen Unternehmer das Prinzip von Entscheidung und Haftung in ihrer Person⁷.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Ulrich Daldrup

Berlin, 3. Mai 2024

⁷ Siehe auch: Sven Astheimer, FAZ, 14.08.2023 Wer will noch Unternehmer werden?